

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

20 Pfennige

Herausgegeben vom Anti-Strauss-Komitee Nr. 18 - 1975

CDU-Minister fordert:

ALLES VERHAFTEN, ALLE ANKLAGEN,
ALLE EINSPERREN.

In einer Presseerklärung des Justizministeriums von Baden-Württemberg schreibt der CDU-Justizminister Traugott Bender wörtlich:

„Eine wirksame Bekämpfung der Gewaltanwendung erfordert eine Ausdehnung des Tatbestandes auf Personen, die sich einer Menschenmenge anschließen oder sich weiter in ihr aufhalten, obwohl diese Menge bereits friedensstörend Gewalttaten unterstützt.“

Benders Meinung nach bestärken Zuschauer und Demonstranten durch ihre Anwesenheit potentielle Gewalttäter in ihrem Vorhaben und behinderten ihre Verfolgung. Benders Schlussfolgerung: Alles verhaften, alle anklagen, alle einsperren.

Das grundgesetzlich verbürgte Demonstrationsrecht wird dadurch auf die Frage nach gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten zusammengestutzt. Dies liegt auch in der Absicht der CDU/CSU-Männer vom Schlage eines Herrn Bender: Er bezeichnete die Vorgänge anlässlich einer Demonstration in Frankfurt gegen Fahrpreiserhöhungen als "Bürgerkriegsähnliche Zustände". Fortsetzung auf S. 2



Fortsetzung von S.1 .. Alles einsperren

Schon vor einem Jahr hatten die Länder Bayern und Baden-Württemberg einen sogenannten Gesetzentwurf "zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens" über den Bundesrat in den Bundestag eingebracht. Er soll demnächst im Bundestag beraten werden.

Sehr richtig meinte der SPD-Oppositionsführer im Stuttgarter Landtag, R. Schneider, daß durch solche Gesetze der Verfolgungswillkür Tür und Tor geöffnet würde und daß es gefährlich sei, den Freiheitsraum der Bürger derart einzuengen. Man kann nur hoffen, daß er nicht der einzige bleibt, der diese Meinung vertritt.

Die Absicht der CDU/CSU-Politiker ist nicht der Schutz des Gemeinschaftsfriedens, das ist nur das

fadenscheinige Aushängeschild und geschickte Vernebelung. Auf Grundlage der vorher erzeugten Anarchisten-

Hysterie soll das Demonstrationsrecht beschnitten werden, soll jedem Bürger und Demokraten schon im voraus mit Einschüchterung der Wille gebrochen werden, seine Grundrechte praktisch wahrzunehmen. Und wenn Gewerkschafter, Antifaschisten, Kriegsdienstgegner, Antiimperialisten oder ähnliche potentielle "Gewalttäter" doch wagen sollten, zu demonstrieren, dann wird mit solchen Gesetzen

der Polizei per "Gesetz" ein Mittel an die Hand gegeben, gegen Wehrlose mit Gewalt vorzugehen.

Leserbriefe, Kritik
und Anregungen
bitte an



H. Jakobi

8 M ü n c h e n 2
Martin-Greif-Str. 3

BESTELLSCHEIN

für den Jahresbezug des "DEMOKRATISCHEN INFORMATIONSDIENSTES"

Den Betrag von DM 8.- lege ich in Briefmarken bei

Name

Vorname

Wohnort

Straße

Bitte ausschneiden und einsenden an:

H. Jakobi 8 München 2, Martin Greifstr. 3

Unterschrift

zum Thema:

Radikale im öffentlichen Dienst

Wie im letzten DID angekündigt wollen wir nun weitere Beispiele aus der Berufsverbotspraxis aufzeigen.

Im Augenblick sind wir schon so weit, dass Gesinnungsschnüffelei immer mehr zum Alltag wird:

Bundesarbeitsrichter Dr. F. Becker wurde auf "Verfassungstreue" überprüft, als er sich nebenberuflich um die Stelle eines Tutors bewarb. In die Mühlen des Verfassungsschutzes geriet der Richter, da

- wie nun bekannt wurde - alle wissenschaftlichen Mitarbeiter bei Arbeitsbeginn automatisch überprüft werden. Dass für die Studenten damit examenswichtige Lehrveranstaltungen ausfielen, weil sich die Einstellung des Richters wochenlang verzögerte, stört die Kultusherrn weniger.

Wie die jetzige Berufsverbotspraxis zeigt, wird das Spektrum immer vielfältiger und raffinierter, wird immer deutlicher, wem die Gesetze zum Radikalenerlass letztlich dienen, den Rechten und Faschisten.

Es gibt einmal die Fälle, wo mit allen Mitteln verhindert werden soll, dass sich immer mehr fortschrittliche Demokraten, gleich welcher Parteizugehörigkeit, zusammenschliessen und gemeinsam und gestärkt für ihre Rechte kämpfen. Das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit wird dabei mit Füßen getreten. Zum Beispiel:

Neun Fälle von Berufsverboten gegen Lehrer, die sich währen ihres Studiums in der Demokratischen Front (DF) organisiert hatten, für die sozialen Belange der Studenten und gegen die Entrechtung an den Hochschulen eingetreten waren. Angekreidet wurde ihnen, dass in der DF unter anderen Jungsozialisten, Gewerkschafter, Mitglieder kirchlicher Organisationen und Kommunisten zusammenarbeiten.

Oder: Die sozialdemokratische Juristin Charlotte Weiss, die in den höheren Justizdienst nicht übernommen wurde, weil sie dem Bundesvor-

stand der "Vereinigung demokratischer Juristen" angehört. In diesem Vorstand arbeiten neben 8 Sozialdemokraten, 8 Parteilosen auch 6 DKP - Mitglieder mit.

Die CDU/CSU weitet die Berufsverbotspraxis auf allen Bereichen aus und beschreitet immer dreistere Wege:

So lässt die bayerische CSU - Landesregierung bereits Aktivitäten der FDP überwachen. In Fürth wurde bei einer FDP - Mitgliederversammlung der Versammlungsleiter "... von uniformierter Polizei aus dem Saal gebeten und anhand eines detaillierten Fragebogens(!) über Verlauf und Besucher der Veranstaltung ausgefragt" (aus "die tat" Nr.47).

In letzter Zeit mehren sich Fälle, wo die CDU auf diffamierende Weise mit Berufsverbotsandrohungen arbeitet. Sie richten sich gegen Personene anderer Parteien, die leitende Ämter im öffentlichen Dienst bekleiden! Für CDU - Leute sollen diese Pöstchen gesäubert werden. So werden z. B. 2 mit grosser Mehrheit gewählte rheinland-pfälzische Bürgermeister, Mitglieder der DKP, von Innenminister Schwarz mit "Massnahmen nach dem Radikalenbeschluss" bedroht.

Die Frankfurter CDU treibt es so weit, dass sie der SPD - Fraktion "ideologische Übereinstimmung" ... "mit Politkriminellen" vorwirft. Ancernorts "in Walldorf (Kreis Gross - Gerau) macht die CDU öffentlich Stimmung gegen SPD Bürgermeister Jordan, weil er sich gegen eine politisch begründete Entlassung des Stadtjugendpflegers gewandt hatte" (aus "die tat" Nr.46).

Als in Rüsselsheim ein fortschrittlicher Sozialdemokrat zum Rektor einer Schule ernannt werden sollte, versuchte die CDU dies zu verhindern, indem sie Zweifel an seiner Verfassungstreue aussprach.

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung v.S.3

Seit dem KPD-Verbot von 1956 ist es in der BRD wieder möglich und legal, Menschen ausschließlich wegen ihrer Gesinnung zu verfolgen und zu bestrafen. Von dieser Gesinnungsschnüffelei waren und sind nicht nur Kommunisten betroffen, sondern jeder, der gegen politische Entrechtung und Verfolgung ist, der dafür eintritt, daß die Mächtigen und Herrschenden in diesem Land mit den kleinen Leute gerade während der jetzigen Wirtschaftskrise nicht machen können was sie wollen.

Die Auswüchse dieser Praktiken weisen deutliche Parallelen zur Zeit des Hitlerfaschismus auf. Verwun-

derlich und unverstündlich scheint nur die jetzige Haltung der SPD-Spitze, wie etwa Brandt. Sie die diese Schreckenszeit am eigenen Leib erfahren mußten, in KZs, im Exil, gebieten diesem Rechtskurs keinen Einhalt; nein im Gegenteil, sie initiieren Gesetze und Erlasse und gehen gegen Leute in den eigenen Reihen vor, die sich gegen Berufsverbote engagieren. So im Fall Bünemann, SPD-Landtagsabgeordneter, der sich an einer Bürgerinitiative gegen das Berufsverbot beteiligt hatte. Er wurde aus der Partei ausgeschlossen. Haben denn Brandt, Wehner und andere nichts aus der Geschichte gelernt.

Erfahrungen mit dem McCarthyismus

MdB Dr. jur. Rudolf Schöfberger (SPD) in der Bundestagsdebatte vom 24. 10. 1975:

Ich möchte noch auf eine Entwicklung eingehen, die in den Vereinigten Staaten in den 50er und 60er Jahren Platz gegriffen hat, weil wir daraus lernen können. Diese Entwicklung war durch drei Merkmale gekennzeichnet:

Erstens durch eine ständige Ausweitung des betroffenen Personenkreises. Während ursprünglich Kommunisten und „subversive elements“ gemeint waren, waren es später Parl-

amenten, Zeugen Jehovas und Gewerkschaftsführer sowie schließlich alle „gegenüber der Regierung illoyalen Personen“. Dies wollen wir in der Bundesrepublik verhindern.

Zweitens durch die ständige Ausweitung der diskriminierten Verhaltensweisen: Während es ursprünglich kommunistische Betätigung und umstürzlerische Betätigung waren, waren es zum Schluß „unmoralische Verhaltensweisen“. Dies wollen wir in der Bundesrepublik verhindern.

Drittens durch die ständige Ausweitung der Sanktionen: Während es ursprünglich um das Fernhalten vom öffentlichen Dienst und später um die Vernichtung jeglicher Berufschance in der Privatwirtschaft

ging, kam man schließlich zu einem Gesetz, das auch den sozialen Wohnungsbau betraf, nämlich zu dem Gesetz vom 6. Juli 1952, das in den Vereinigten Staaten über lange Zeit angewendet wurde. Dort heißt es wörtlich — Ich zitiere mit Genehmigung —: „Wohnungen, welche unter Inanspruchnahme von Bundesmitteln gebaut worden sind, dürfen nur von solchen Mietern bezogen werden, die eine eidesstattliche Erklärung abgeben, wonach weder sie selbst noch die mit ihnen in Hausgemeinschaft lebenden Personen Mitglieder einer vom Justizminister als umstürzlerisch bezeichneten Organisation sind.“

(Protokoll der 197. Sitzung des Bundestages, Seite 13585)

aus: tat 26.11.75

Rotstift, Zensur und Proteste dagegen

Intendant: „Brecht war auch Kommunist!“

Düsseldorf, ppa/UZ — Arbeitsplätze sind am Stadttheater Würzburg gefährdet infolge der geplanten Kürzung von Zuschüssen der bayrischen Landesregierung für die kommunalen Theater. Zum Spielzeitende erhielten inzwischen schon neun langjährige künstlerische Mitarbeiter ihre Kündigung. Falls die Kürzung nicht zurückgenommen wird, so die Verwaltung des Würzburger Theaters, sollen weitere Kündigungen folgen.

Passau, ppa — Mit Aufführungsverboten für ein Stück des Münchner Dramatikers Franz Xaver Kroetz und eine

von dem Theologiestudenten S. Zimmerschied verfaßte religions- und gesellschaftskritische Satire („Die Konferenz“) hat die CSU in Passau für neue Theaterskandale gesorgt. Nach einer einmaligen Aufführung von Kroetz' Stück „Oberösterreich“ wurden weitere Aufführungen mit der Begründung untersagt, der Autor sei Kommunist. Klaus Schlette, Intendant des „Südbayerischen Stadttheaters“ aus Landshut, das öfters in Passau gastiert, dazu: „Brecht war doch wohl auch Kommunist. So etwas ist mir noch nicht passiert.“

Bremen, UZ — „Aus künstlerischen Erwägungen“ (welchen?) habe der Generalintendant der Bremer Theater die Premiere des Stückes „Der Stern wird rot“ des fortschrittlichen, volksverbundenen irischen Dramatikers Sean O'Casey abgesetzt. Das meldet (pikanterweise) die Pressestelle des Bremer Senats. Was nicht auf seiner politischen Linie liegt, ist für den Senat wohl Unkunst? Der Kulturbund in Bremen untersucht zusammen mit Beteiligten den Vorgang.

aus: UZ 13.11.75

Bekanntmachung

Betr.: Radikalenerlaß

Die Bevölkerung wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die ehem. Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SD, SS und im NS-Rechtswahrerbund einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht entgegensteht.



**Der Landesbeauftragte für
das Gefinnungswesen.**

Dortmund:

Ich war dabei: Am 8.11. war ich in Dortmund auf der Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Gemeinsam waren wir dort aus der ganzen BRD - ca. 100000. Gemein war aber, daß in den Zeitungen stand, es wären nur 40000 gewesen. Gefroren und gehungert haben wir auch - aber wir waren dabei.

Natürlich nahm ich die Gelegenheit wahr, dort politisch rumzuhorchen und verkaufte den D.D. Das lief meistens so ab:

Verkäufer: "Demokratischer Informationsdienst vom Anti - Strauss - Komitee aus Bayern". Käufer: "Was, ein Bayer (schmunzeln) und gegen den Strauss (freudig)! Ein Bayer, der gegen den Strauss was tut, das Blatt auch lesen!"

Hausdurchsuchung bei Münchner Verlag

Hausdurchsuchung beim Münchner Trikont-Verlag: Die Staatsanwaltschaft fahndete nach Exemplaren des Buches „Wie alles anfang“. Autor: der steckbrieflich gesuchte Anarchist Michael „Bommi“ Baumann.

Der Trikont-Verlag: „Man beschränkte sich nicht auf das Auffinden von Exemplaren des Baumann-Buches, sondern nahm noch andere Bücher, Geschäftsbücher, Bankauszüge, Tonbänder für Plattenaufnahmen, Kundenkarteien, Auftragsschreiben und dergleichen mit.“ Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft meinte: „Diese Dinge wurden nur sichergestellt. Wir sichten sie auf Hinweise wegen des Aufenthaltsortes von Baumann und geben sie heute oder morgen zurück.“ fi

Die ABENDZEITUNG meldet:

(26.11.75)

ACHTUNG Gewerkschaftsmitglieder!

Bildungsprogramm 1975/76
des DGB - Kreis München

(Programm abzuholen beim Pförtner,
Schwanthalerstraße 64)

Wir empfehlen z.B. Kurs 33 'Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung'

"Wer aus der Geschichte nichts lernt, ist dazu verurteilt, Fehler zu wiederholen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung betrifft uns nicht nur unmittelbar, weil wir als Gewerkschafter in dieser Klassengesellschaft immer noch um unsere Rechte kämpfen müssen, sondern sie ist auch viel packender und lehrreicher als irgendwelche Kriminalgeschichten."

Anhand von Filmen, Dias und Arbeiterliedern sollen einige entscheidende Stationen der Arbeiterbewegung anschaulich dargestellt und diskutiert werden. Vom Sozialistengesetz bis zum 1. Mai 1890 - Burgfriedenpolitik bis zum 1. Weltkrieg - von der November-Revolution bis zum Kapp-Putsch - Ende der Weimarer Republik - vom 1. Mai 1929 bis zum 1. Mai 1932 - Widerstand 1933 bis 1945.

Dieser Kurs ist kostenlos.

Dauer: 14. Januar - 18. Februar 1976
an 4 Donnerstagen von 20 - 20.30 Uhr,
Gewerkschaftshaus, Raum 289.

← **WICHTIG!**

ANZEIGE:

Roter Kalender 1976 für Lehrlinge und Schüler



Taschenkalender für den täglichen und nachtlischen Gebrauch. Mit aktuellen und historischen Daten. Literaturhinweisen. Adressen. Vielen vielen Comics. Wenigen Fotos. Haltbarem Plastik-einband. Handlich und schön rot. Und trotzdem billig: 3 Mark 50. Diesmal mit Berichten zu Portugal, Traumfußball, selbstorganisierter Freizeit, Angst und Ordnung, Walla-Walla-Mode, Lehrlingstheater. Mit Aufsätzen zu Bundestagswahl und Reformismus, Berufsausbildung und Ersatzdienst, Prüfungsangst und Schülerstreik, armen Schweinen und terroristischen Eulen. Mit lesbaren Gedichten und der Ballade vom Legionär. Und vielen anderen Sachen mehr. In (fast) allen Buchläden oder direkt beim Rotbuch Verlag, 1 Berlin 30, Potsdamer Straße 98.

Regensburg:

Die Saat, die Herr Freitag sät ...

In der Nr. 17 des DID haben wir über die Spanienkundgebung vom 10.10.1975 in Regensburg berichtet. Da über diese Kundgebung in der lokalen Presse nicht berichtet wurde - stattdessen aber ein Leitartikel des Redakteurs W. Freitag in der MITTELBAYRISCHEN ZEITUNG vom 11.10. erschien, in dem Herr Freitag allen demokratisch engagierten Menschen in Europa einen "schiefen Blick" unterstellt - wandte sich ein Leserbriefschreiber an die Redaktion der MZ: Er beanstandete, daß von der MZ die Kundgebung verschwiegen worden sei, dafür aber in dem Leitartikel "in unverantwortlicher Weise mit der Wirklichkeit, mit Tatsachen und mit den Interessen des spanischen Volkes verfahren" worden sei. W. Freitag hatte in dem Leitartikel nicht erwähnt, daß in Spanien seit über 30 Jahren ein faschistisches Regime an der Macht ist, und hatte die Solidaritätsaktionen, die in ganz Europa für die Opfer des Franco-Faschismus stattfanden, als "Verwirrung des Geistes" be-

zeichnet.

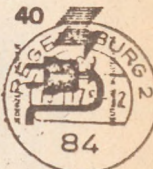
Im DID Nr. 17 wurden Leitartikel und Leserbriefmeinung abgedruckt, damit sich unsere Leser selbst über die "Berichterstattung" der MZ ein Urteil bilden können.

Im folgenden eine Postkarte, die der Leserbriefschreiber in seinem Postkasten fand, nachdem die MZ seinen Leserbrief abgedruckt hatte. Um zu dokumentieren, wer hier für Herrn Freitag und seinen Leitartikel Partei ergreift, drucken wir die Postkarte ab. Sie wurde, wie in jenen Kreisen üblich - ohne Absender versandt. Ein Kommentar erübrigt sich.

Absender

Postleitzahl

Post -
damit Sie
in
Verbindung
bleiben
POSTKARTE



An den

Edelkommunisten

Ludger Klus

84 Regensburg
Postleitzahl Grasgasse 10

Herr Klus verehrter Genosse !

Was für einen Mist haben sie da am Sonntag in der MZ verzapft! Sie greifen den Redakteur Freitag an. Lassen sie es sich gesagt sein, sowie haben sie nicht einmal im Finger oder in der kleinen Zehe was dieser Mann im Kopfe hat. Wegen 5 hingerichteten Polizisten morden regt sich die halbe Welt, ihres gleichen auf, über die Millionen die die SU aber schon zu Tode gebracht wollt ihr Edelkommunisten nichts wissen. Ihr seid ein erbärmliches Volk. Geht doch hinüber ins Ost-Paradies wenn es in der Bundesrepublik Deutschland schon gar nicht mehr zum Aushalten geht. Niemand wird Euch Weltverbesserern auch nur eine Träne nachweinen, im Gegenteil, im Gegenteil wir wären alle froh wenn eine größere Anzahl dieser Trottel los wären !! Weit sind wir gekommen. Mit uns kann es erst und nur besser werden, bis wir Euch Idioten einmal los sind, denn mit etwas zu knappen Hirnen wie dem ihrigen stecken wir keine Ehre auf. Schlafen sie in ihrer Dummheit weiter und lassen sie sich von dem Gaskammer tören und dem Sausen ??? von Fallbeilen weiter recht viel träumen. Sie erbärmliches Kirchenlicht !

IMPRESSUM

EIGENDRUCK IM SELBSTVERLAG

presserechtlich verantwortlich:

H. JAKOBI 8 MÜNCHEN 2
MARTIN GREIFSTR.3

Neonazis in Hagen:

Gewerkschafter erfolgreich

Volkskorrespondenz

Hagen. I. W. - Zum vorzeitigen Abbruch einer neofaschistischen Kundgebung zwangen rund 600 Hagener Gewerkschafter am Samstagmittag die NPD-Organisation "Junge Nationaldemokraten". Die Gewerkschafter demonstrierten gegen das Auftreten der Neonazis mit Sprechbören wie "Nieder mit der NPD" und "Nazis raus aus Hagen". Aus Wut über die vorzeitige Beendigung ihrer Kundgebung zerschlugen Neofaschisten dann die Schaufensterscheiben des DKP-Kreisbüros in Hagen.

aus:UZ 27.10.75

WIDERSTANDSRECHT und WIDERSTANDSPFLICHT

In einer Zeit, in der Staatsfrömmigkeit, die Überwachung kritischer Staatsbürger und der Abbau demokratischer Rechte wieder einmal einträchtig nebeneinander hergehen, ist es bitter notwendig, daraufhinzuweisen, daß die Verfassung der BRD so etwas wie ein Widerstandsrecht kennt. Dieses Recht legitimiert den Bürger zum Widerstand gegen Legislative und Exekutive, wenn diese Grundrechte bedroht sind.

Die Bedeutung dieses fundamentalen Rechtes ist so groß, daß es sich lohnt, Entstehung und Entwicklung desselben zu verfolgen:

Das Widerstandsrecht entstammt dem germanischen Rechtskreis. In der Edda und vor allem im Sachsenspiegel des Eike von Repgow wurde das Widerstandsrecht zum ersten Mal konzipiert. Alle freien Germanen waren danach berechtigt, Könige zu töten, die gegen das verbrieftte Recht verstießen.

Heimstätte des Widerstandsrechts wurden dann England und Amerika. Die englische Magna Charta schuf einen Widerstandsausschuß von 25 Baronen, aus dem sich die englische Demokratie entwickelte. Einem aufgeklärten Denker blieb dann die entscheidende Frage, welche materiellen Werte durch ein Widerstandsrecht geschützt werden sollen.

Milton und Locke identifizierten sie mit den Menschenrechten. Die amerikanischen Staaten führten als die ersten die Menschenrechte ein; sie zählten das Widerstandsrecht zu ihnen. Massachusetts formulierte: "Widerstand ist weit davon entfernt, verbrecherisch zu sein, er ist christliche und soziale Pflicht für jeden."

Die Entwicklung auf dem Kontinent verlief anders. Erst in der großen französischen Revolution wurden für die Franzosen die Menschenrechte erkämpft. Zu ihnen zählte selbstverständlich "resistance". Deutschland machte keine Revolution. Im Gegenteil, die großen Philosophen des deutschen Idealismus verteidigten den Obrigkeitsstaat und verwarfen das Widerstandsrecht. Hegel z. B. erhob den Staat zum gottähnlichen Monstrum. Reichs- und Kammergericht folgten. Sie erklärten: "Der Gesetzgeber ist selbstherrlich und sogar sein kleinstes Element, die Gemeinden können nach ihrem Ermessen - je nach Willkür - Anordnungen erlassen."

Nur die Opposition im nazistischen Unrechtsstaat hat sich des Widerstandsrechts erinnert. Kurt Huber, Mitglied der "Weißen Rose", hat das Recht und die Pflicht des Widerstandes gegen die Staatsgewalt so umrissen: "Legales Verhalten des Bürgers wird unsittlich, wenn es zum Deckmantel einer Feigheit wird, die sich nicht traut, gegen offensichtliches Rechtsverletzungen aufzutreten."

Nach den schlimmen Erfahrungen mit dem Hitlerregime wurde zwar ein Widerstandsrecht in das Grundgesetz aufgenommen, doch wird es vom Gesetzgeber so interpretiert, daß es fast nicht mehr als solches erscheint. Deshalb ist es für jeden Bundesbürger doppelt wichtig, bei der Verteidigung seiner Grund- und Menschenrechte auf sein Widerstandsrecht und seine Widerstandspflicht zu pochen.

Mitbürger!

Lesen macht dumm und gewalttätig

Die Generalschrifttumskammer



Deutsche Männer und Frauen haben aus Sorge um die Freiheitlich Demokratische Grundordnung ein Gesetz zum Schutz des Gemeinschaftsmedens vorgelegt (Bundestagsdrucksache Nr. 7 3030 2772, 2854), das dem Unfug kritischer Literatur endlich ein Ende bereitet. Bundesregierung, Bundesrat und Opposition sind sich in dieser Angelegenheit einig. Der CDU-Kollege Carstens hat für alle gesprochen, als er am 12. 12. 74 in Duisburg verkündete: »Ich fordere die ganze Bevölkerung auf, sich von der Terroritätigkeit zu distanzieren, insbesondere auch den Dichter Heinrich Böll, der noch vor wenigen Monaten unter dem Pseudonym Katharina Blum ein Buch geschrieben hat, das eine Rechtfertigung von Gewalt darstellt.«

Was mich etwas beunruhigt ist, daß in der letzten Zeit in der Bundesrepublik so viel vom Rechtsstaat und von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gesprochen wird. Vielleicht höre ich schlecht. Aber mir scheint, die Betonung liegt etwas zu sehr und immer mehr auf »Staat« und auf »Ordnung« und nicht mehr genug auf der Idee der freien politischen Tätigkeit des einzelnen, den gerade die Begriffe Staat und Ordnung nicht zum politischen autonomen Denken und Handeln auffordern.

Huldigen nicht manche Bürger der Bundesrepublik dem Staat mehr als dem Recht und erleben die freiheitlich-demokratische Grundordnung nur als eine Abwandlung der staatlichen Ordnung schlechthin, die ihren Vätern oder ihnen selbst, im Kaiserreich oder sogar im totalen Staat, den täglichen biedereren Frieden sicherte?

Auszug aus der Rede Alfred Grosser's, des diesjährigen Friedenspreisträgers des deutschen Buchhandels, Frankfurt im Oktober 1975

Unser Buchtip:

"... Sicherlich ist die Situation von heute nicht mit der von 1933 unmittelbar zu vergleichen. Aber einige charakteristische Merkmale lassen sich ausmachen:

- 1) Die Supermächte stehen in erbittertem Kampf um die Vorherrschaft auf der Welt.
- 2) Den westdeutschen Unternehmern ist Deutschland schon lange zu klein geworden. Sie drängen auf Expansion. Die Ergebnisse des 2. Weltkriegs sollen trotz der Ostverträge zu ihren Gunsten revidiert werden.
- 3) Die Unzufriedenheit bei der werktätigen Bevölkerung, bei den Schülern und Studenten wird immer größer und der Widerstand gegen die Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Situation formiert sich deutlich und stark.
- 4) Dadurch sehen sich die politischen Rechtskräfte mit Recht bedroht. Sie antworten mit noch härterem Vorgehen und mit verstärktem Abbau der demokratischen Rechte. Die Unternehmer unterstützen nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern die Reaktion wie selten zuvor.

Bei uns ist Strauß nicht die einzige wichtige Figur der Rechtskräfte und er ist im Notfall sofort austauschbar. Aber heute nimmt er im Geschäft zwischen Wirtschaft und Politik die zentrale Position ein und auch durch sein persönliches Auftreten, seine Demagogie scheint er den Unternehmern der geeignete Mann zu sein. Alle, die die Demokratie verteidigen wollen, müssen deshalb ihre Hauptstoßrichtung gegen Strauß und das von ihm angeführte Rechtskartell richten."

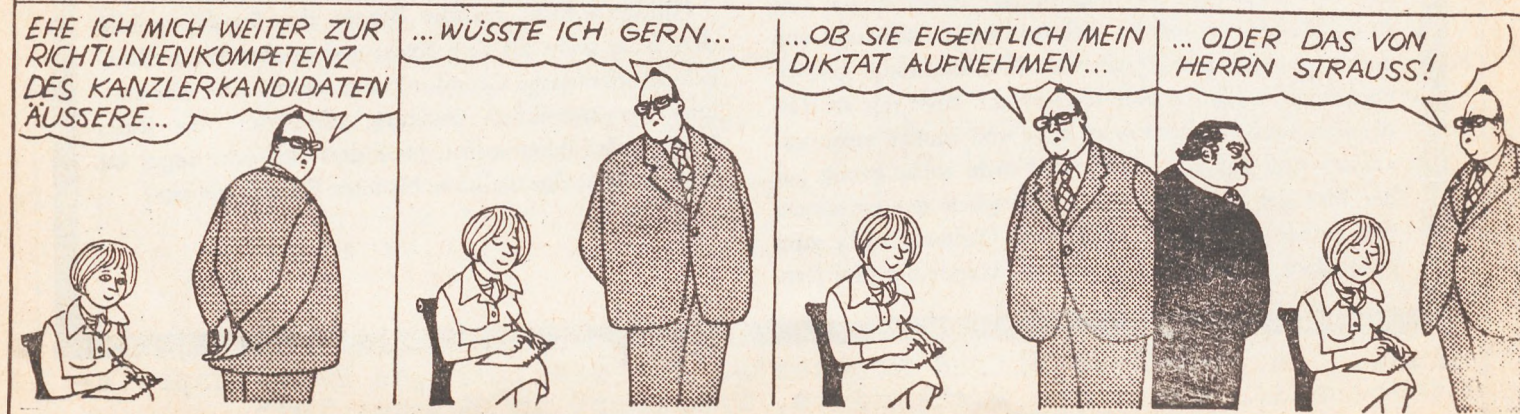
... aus 'STRAUSS GEGEN DEMOKRATEN',

einer wichtigen Dokumentation über den Vorsitzenden der CSU, über die Finanz- und Rüstungsmächte, für die er sich voll einsetzt, über Faschismus;

herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee.

Zu beziehen über: H. Jakobi,
8000 München 2,
Martin-Greif-Straße 3
bitte 3.- DM in Briefmarken
an obige Anschrift senden

Herr im Haus / Von Markus



ZEIT ZUM AUFSTEHEN

„Sie trödeln die Treppe der Fußgängerunterführung (des Mittleren Rings) hinunter, den "Maulwurfgang", der diese Hauptverkehrsader mit dem ununterbrochenen Blechstrom unterquert. Lange steht dieses Bauwerk noch nicht hier, drei Jahre vielleicht. Noch im Rohzustand, ohne die Plattenverkleidung an Boden und Wänden wurde es von den nicht motorisierten Schwanthalerhöhern benutzt, um von einem Ende des nun geteilten Stadtviertels ins andere zu gelangen. - Erich fällt plötzlich was ein: "Bist du einmal überfahren worden, wie du in die Schule gegangen bist?"

"Da gab es noch nicht so viele Autos."

"War da mal das Benzin knapp?" Sogar der Sechsjährige hatte etwas von der Ölkrise im vergangenen Winter mitbekommen.

"Das auch, aber früher hat es nur ganz wenig Autos gegeben." Der Kleine hat seine Zweifel.

"Mit was sind dann die ganzen Leute gefahren, wenn sie kein Auto gehabt haben?"

"Da war die Stadt noch kleiner, da hat man noch zu Fuß überall hinkommen können."

"Haben auf der Straße dann noch Kinder spielen können ..."

"Jea -a", ... er selbst hatte als Kind noch auf der Straße gespielt, kaum gestört von den wenigen Lieferwagen, 'Dreiraddlern' der Kramer oder Metzger im Viertel.

"War es denn früher schöner, Papa?"

"Ich weiß es nicht, aber es gibt Leute, die sagen, es ist uns noch nie so gut gegangen wie jetzt. - - Frag' was Vernünftiges!"

War es so unvernünftig zu fragen, was früher war? Wie alles so geworden war, wie es jetzt ist?

Sich darüber Gedanken zu machen, war Heinz Zwing bestimmt nicht in Laune. Auch dieses Wo-

chenende wollte er Marianne mit der Unglücksnachricht verschonen. Aber am Montag den Betriebsrat anrufen! Und in die Gewerkschaft gehen, zum HBV-Sekretär, sich beraten lassen. Irgendwann früher, da hatte es nicht einmal sowas gegeben, niemanden, den man um Rat fragen konnte.

Wer weiß heute noch was davon. 66

In diesem Buch bringt August Kühn unsere Geschichte - nicht so, wie sie in den Schulbüchern steht, nicht nur mit Jahreszahlen, Namen von Königen, Kriegen und Schlössern, sondern aus unserer eigenen Erfahrung und der von unseren Vorvätern. Der Krieg von 70/71, der 1. Weltkrieg, die Münchner Räterepublik, Weimar, Faschismus und der 2. Weltkrieg bis in die 70-er Jahre zeigen uns, wieviel wir eigentlich gelernt haben . . . und wieviel wir noch zu lernen haben.

Zeit zum Aufstehen

von August Kühn

erschienen im S.Fischer-Verlag
in jeder Buchhandlung erhältlich



Für seine
»Arbeiter-Buddenbrooks«
recherchierte
August Kühn zwei Jahre
in Hinterhöfen und
Archiven



Rudolf Breitscheid 1932:..."Deshalb handelt es sich jetzt darum, alles andere zurücktreten zu lassen vor dem Gedanken: Wie wehren wir den Faschismus ab."

Zur Erinnerung an:

RUDOLF BREITSCHIED

2. November 1874 Köln

24. August 1944

Rudolf Breitscheid wurde am 2.11.1874 als Sohn eines Buchhandlungsgehilfen in Köln geboren. Er studierte an den Universitäten München und Marburg Nationalökonomie und promovierte zum Dr.phil. Mehrere Jahre wirkte er als Redakteur an den liberalen Zeitschriften "Hamburger Korrespondent", "Koloniale Zeitschrift" und "Hannoverscher Kurier". Er trat 1912 der Sozialdemokratischen Partei bei und wurde einer der führenden Politiker der SPD. Nach dem Sturz der Hohenzollernmonarchie war er 1918-1919 Innenminister von Preußen, 1920 wurde er in den Reichstag gewählt, war einer der Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und wurde 1926 von Außenminister Stresemann zum Mitglied der deutschen Völkerbundsdelegation berufen.

Breitscheid befürchtete schon frühzeitig den wachsenden Einfluß der Hitlerfaschisten. Von der Tribüne des Reichstags aus warnte er wiederholt das deutsche Volk: "Deshalb handelt es sich jetzt darum, alles andere zurücktreten zu lassen vor dem Gedanken: Wie wehren wir den Faschismus ab".

Leider erfaßte dieser demokratische Politiker aber nicht seine eigenen Warnungen in ihrer vollen Tiefe. Während er noch im letzten Jahre der Weimarer Republik glaubte, Hitler könne mit Hindenburg geschlagen werden, lehnte er weiterhin gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten zur Abwehr der drohenden Gefahr ab.

Ein gemeinsames Handeln der beiden großen Arbeiterparteien SPD und KPD hätte die Errichtung der faschistischen Diktatur verhindern können. Die Politik des Tolerierens des Notverordnungsregimes unter Brüning, Papen und Schleicher rettete jedenfalls nichts mehr, sie beschleunigte noch eher zusätzlich den Untergang der Weimarer Republik.

Der nun hereinbrechende faschistische Terror traf Kommunisten, Sozialdemokra-

ten und viele fortschrittliche Leute aus dem bürgerlichen Lager. Nun, unter dem Eindruck der Niederlage korrigierte Breitscheid wie viele andere Sozialdemokraten seinen bisherigen Standpunkt. Sozialdemokraten und Kommunisten verständigten sich vielerorts und setzten nun gemeinsam den Kampf gegen das Hitlerregime fort - jetzt allerdings unter den erschwerenden Bedingungen der Illegalität.

Breitscheid arbeitete in Paris am Aufbau einer deutschen Volksfront mit. Sozialdemokraten, Kommunisten und Vertreter der deutschen Intelligenz verschiedener Gruppierungen und Weltanschauungen wirkten nun zusammen. Am wirksamsten wurde die Aktionseinheit im Kampf zur Rettung der spanischen Republik. In den Interbrigaden kämpften Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose Schulter an Schulter gegen die Franco-, Mussolini- und Hitlerfaschisten.

Nachdem 1940 die Nazis auch in Frankreich eingefallen waren, wurde Rudolf Breitscheid von der Gestapo in das KZ Buchenwald verschleppt.

Trotzdem: Auch im Lager hielt Breitscheid an der Notwendigkeit fest, die Einheit der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte herzustellen. Sechs Tage nach der Ermordung des kommunistischen Parteivorsitzenden Ernst Thälmann kam Breitscheid bei einem Luftangriff ums Leben.

Wenn wir sein Leben zusammenfassen, sehen wir, wie er ehrlich gegen sich selbst und andere Lehren aus der Vergangenheit zog, gerade auch aus den Fehlern in seiner früheren politischen Tätigkeit.

Die Aktionseinheit aller wirklich demokratischen Kräfte, von Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilosen, ist auch heute notwendig, wo so manches wieder an die damaligen Sorgen und Probleme erinnert.

FRANCO TOT

Franco ist gestorben. Man sollte meinen und hoffen, daß diesem Würger Spaniens, der Freiheit und der Demokratie keiner, aber auch keiner eine Träne nachweint.

Man sollte meinen

Die Bundesregierung allerdings meinte, Staatstrauer anordnen zu müssen und gab die Devise aus, die öffentlichen Gebäude halbmast zu beflaggen. Zum Glück haben einige Bundesländer dagegen protestiert; in Hamburg, Bremen, Berlin und Niedersachsen wurde dieser Aufruf nicht befolgt. Und mit Recht protestierte der Vorsitzende der IG-Metall gegen die Beflaggung,

weil - wie Loderer an die Regierung schrieb - kein Arbeitnehmer in der BRD verstehen würde, daß auf diese Weise ein Mann geehrt würde, der über Jahrzehnte die Arbeiterbewegung und die Demokratie unterdrückt habe.

Den Vogel schoß der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stücklen, ab. Er erklärte, daß Francos Leistungen und Verdienste nicht vergessen werden dürften. Franco habe sein Land zu einem stetigen wirtschaftlichen Aufstieg geführt und sein Volk vor dem 2. Weltkrieg bewahrt. Offensichtlich hält Stücklen die faschistische Politik und Terrorherrschaft Francos für einen Erfolg. Man muß sich fragen, ob er als Mitglied der Kohl-Regierungsmannschaft ähnliches plant.

WIDERSTAND in BAYERN

Der Widerstand von Angehörigen der verschiedenen politischen Richtungen aus allen Schichten der sozialen Bevölkerung und den Konfessionen in Bayern gegen den Nationalsozialismus ist bis heute weitgehend unbekannt geblieben, wenn wir vom "20. Juli" und dem Widerstandskreis "Weiße Rose" absehen.

Diese Ausstellung soll ein erster Schritt sein, aus den vielen vorliegenden Dokumenten einen Überblick über die Widerstandstätigkeit in Bayern, insbesondere auch der Arbeiterbewegung, zu geben. Dabei sind für jeden Widerstandskreis- oder Gruppe einige Personen, stellvertretend für die übrigen hervorgehoben.

Die Ausstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, was in diesem Rahmen auch nicht möglich ist, es ist jedoch jedes Dokument belegbar.

Auf 60 Tafelseiten wird in einer historischen Einführung der Weg des Nationalsozialismus zur Macht gezeigt. In chronologischer Reihenfolge folgt

die Darstellung des Widerstandes der Parteien und Widerstandskreise- und Gruppen vor dem Krieg und im Krieg.

Diese Ausstellung soll dazu beitragen, dem Besucher und besonders der jungen Generation Kenntnisse über die Menschen zu vermitteln, die durch Verfolgung gelitten, und über die Kämpfer, die aus allen Schichten des Volkes, besonders aber aus der Arbeiterbewegung kamen und dem faschistischen Gewaltregime Widerstand leisteten. Ihr Vermächtnis zu erfüllen, heißt: die mühsam erkämpften und errungenen Freiheiten und Grundrechte als Grundlage eines demokratischen Staates zu verteidigen.

Ausstellung z. Zt. - bis 31.12.
in München im Stadtmuseum, Jakobsplatz

Dienstag - Sonntag: 9 - 16,30 h
Montag geschlossen

Eintritt: werktags 1.- DM
sonntags kostenlos



Filmspiegel

In der BRD drehte man noch nie einen sehenswerten Film, der sich mit der sozialen und politischen Wirklichkeit in ihr kritisch auseinandersetzt. Diese bedauerliche Lücke wurde nun mit der Verfilmung des Böllschen Romans "Die verlorene Ehre der Katharina Blum" endlich geschlossen.

Der Regisseur Volker Schlöndorff setzte Bölls Erzählung von der jungen Frau, die rein zufällig - sie liebt einen vermeintlichen Anarchisten - in die Hände der politischen Polizei fällt und dadurch zum Opfer des bundesrepublikanischen Afterjournalismus wird, in beklemmende Bilder um. Die agierenden Personen - bei Böll nur als Typen angelegt - sind in der filmischen Version unverwechselbare Persönlichkeiten. Das gilt besonders für Katharina Blum, den Kommissar der politischen Polizei und den Reporter von

der "Zeitung". Die Darstellerin der Katharina Blum verleiht ihrem Part ein besonders hohes Maß an menschlicher Würde und moralischer Kraft. Der Polizeikommissar wird mal jovial-väterlich, mal zynisch, gemein und anzüglich dargestellt, wie das meistens bei der hohen Obrigkeit in Deutschland zu sein pflegt. Der Zeitungsreporter gemahnt in Aussehen und Ausdruck an Peter Böhnisch, den ehemaligen Leitartikler von "Bild am Sonntag".

Volker Schlöndorff gelingt nicht nur gute Literatur-Verfilmung, er macht darüber hinaus politischen und journalistischen Terror in der BRD per Film seh- und erlebbar.

Diesen Film sollte jeder Bundesbürger gesehen haben, denn jedem von uns kann das Gleiche wie Katharina Blum passieren. Der Film beweist es.

Terminkalender

Das Anti-Strauß-Komitee München wird

am 9.12.1975 (Dienstag)

um 19,30 h in der

Gaststätte "Gärtnerplatz-theater"

Ecke Fraunhofer-Klenzestraße

einen Diskussionsabend veranstalten. Wir wollen an diesem Abend über ein aktuelles, ta-

gespolitisches Thema diskutieren; wir wollen interessierten Freunden des ASK Informationen geben über unsere Arbeit und gemeinsam diskutieren, wie man den Kampf gegen die rechte Gefahr vorantreiben kann.

Jeder, der an unserer Arbeit interessiert ist, ist herzlich eingeladen, zu unserem Diskussionsabend zu kommen.

Aus der Springer Presse:

Bild-Zeitung vom 3. Juli 1975:

„Deutschlands faulste Arbeitslose – eine türkische Putzfrau“

Dreispartige Schlagzeile auf der Seite 1 von „Bild“, am 3. Juli 1975. –

Dazu der Kommentar

Ab nach Istanbul

Zehnmal hat eine türkische Putzfrau in Hamburg zwei Tage gearbeitet.
Zehnmal hat sie sich danach sechs Wochen krank gemeldet.
Zehnmal mußte deshalb der Arbeitgeber den vollen Lohn zahlen.
Zehnmal mußte das Arbeitsamt zwischendurch Arbeitslosenunterstützung zahlen.
Zehnmal hat die Türkin unsere Gastfreundschaft mißbraucht.
Es darf kein eltes Mal geben. Hinaus mit ihr!

Gesetzt den Fall – Bild ist natürlich nicht dumm! – die Recherche stimmt ... wieviel freche Dummheit muß man haben, um mit einer einzigen Putzfrau eine ganze Klasse, die Gastarbeiter in der BRD, deklassieren zu können!

1. Zu den "Recherchen":

Arbeitslosengeld erhält, wer unverschuldet seinen Arbeitsplatz verliert, in den letzten drei Jahren mindestens 26 Wochen gearbeitet hat (dann aber nur für 78 Wochentage) und bereit ist, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen. Eine zweimalige selbstverschuldete Arbeitsaufgabe bzw. Ablehnung einer angebotenen Arbeitsstelle würde zum Erlöschen des erworbenen Anspruches auf Arbeitslosengeld führen.

2. Zur Lage der Gastarbeiter:

Fünfzehn Jahre waren sie gut genug für die schmutzigsten Arbeiten und die Erwirtschaftung der größten Gewinne. Nun sollen sie plötzlich an allem schuld sein. "Gastarbeiter raus" heißt die böse Parole, und sie findet zudem immer offener Ohren.

Zuerst ließ man die nichtdeutschen Arbeitnehmer schufteten, nannte sie verharmlosend "Gastarbeiter", obwohl sich doch keiner wie ein Gast behandelt fühlen konnte. Als die Wirtschaft

Kräfte brauchte, im Inland keine Arbeitskraftreserven zur Verfügung standen, wurden "Gastarbeiter" hergelockt. Die Arbeitsplätze, die sie bei uns eingenommen haben, waren mit deutschen Arbeitskräften nicht zu besetzen. Außerdem waren es Arbeitskräfte im besten Alter, teilweise die am besten ausgebildeten Arbeiter ihres Heimatlandes, kurz: es handelt sich um den tatkräftigsten Teil des Arbeitskräfteangebots, der dem jeweiligen Mutterland verloren ging.

Es ist bekannt, daß besonders der Springer-Pressekonzern Vorurteile gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen mit Eifer züchtet, und zwar systematisch. Genauso systematisch hat in der Zeit vor 1933 der Hugenberg-Pressekonzern "Stimmung" gemacht: mit der Parole "Die Juden sind an allem schuld" wurden Haßgefühle gegen diese Gruppe der Bevölkerung geweckt.

Will die BILD-ZEITUNG mit der Hetze gegen ausländische Arbeiter der Öffentlichkeit einen neuen Sündenbock liefern?

Damals:

"Auf politische Hetzer und intellektuelle Wühler ist besonders zu achten." So lautete § 5 der Lagerordnung, heute noch zu lesen auf einer Tafel im KZ-Lager Flossenbürg in der Oberpfalz – das galt für die Zeit des Hitlerfaschismus von 1933–1945.

Heute:

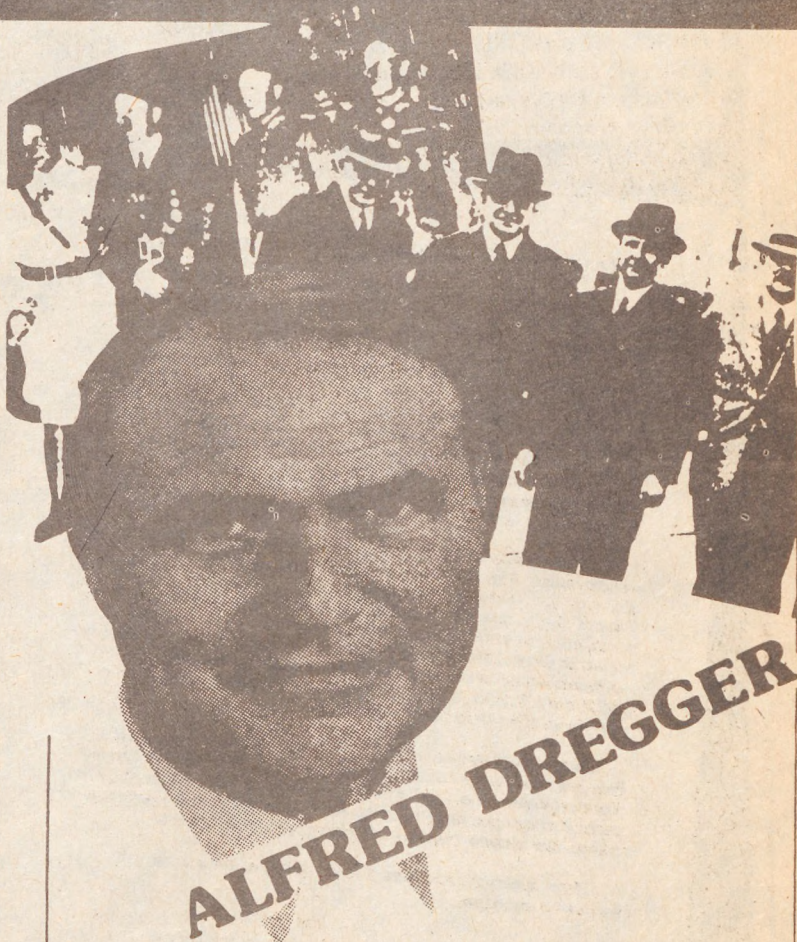
"Bei der Bewahrung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung müssen wir besonderes Augenmerk auf die politischen Hetzer und intellektuellen Wühler richten" sagte ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal anläßlich der Preisverteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung – im Mai 1975!

DIE REAKTION

VON

A - Z

Alfred Dregger ist Landesvorsitzender der CDU Hessen, Mitglied des Bundestages und Mitglied des Bundesvorstandes der CDU. Darüberhinaus ist er aber auch führender Funktionär des Bundesvorstandes der deutschen Industrie (BDI) und der radikalste Vertreter einer Politik außerhalb Bayerns, deren Führer F. J. Strauß ist. Der linke Flügel der CDU bezeichnete ihn auf einer Tagung christlich-sozialer Arbeitnehmer in Fulda als "einseitigen Unternehmer-Freund, der zusammen mit Strauß dabei sei, die CDU zur reinen Unternehmer-Partei zu machen". Dregger ist nicht nur Arbeitgeber-Freund, er stellt auch als eifriger Befürworter von "law and order" eine erhebliche Gefahr für Demokratie, Frieden und Freiheit in der BRD dar. Seine aggressiven Reden, die er im deutschen Bundestag zu halten pflegt, beweisen das. So sagte er einmal: "Ein Volk, das ständig hört, ihm könne auf papierener Grundlage ein Optimum an Sicherheit verbürgt werden, wird auf die Dauer nicht bereit sein, für sein Vaterland Opfer zu bringen". Im Hause des Bankiers von Bethmann erläuterte er, was er von Demokratie und Demokratisierung hält. Für ihn sind diese Begriffe nur "kommunistische Vokabeln". Er sagte: "Die innerhalb der BRD angestrebte Demokratisierung aller Lebensbereiche läuft darauf hinaus, daß diese dem Mehrheitswillen unterworfen werden."



Die Fuldaer Zeitung schreibt über Dregger anlässlich seines politischen Auftretens in Bayern: "Dregger ist gekommen. Jetzt spricht er - ohne Manuskript - seine strahlend blauen Augen nehmen seine Zuhörer ins Visier"

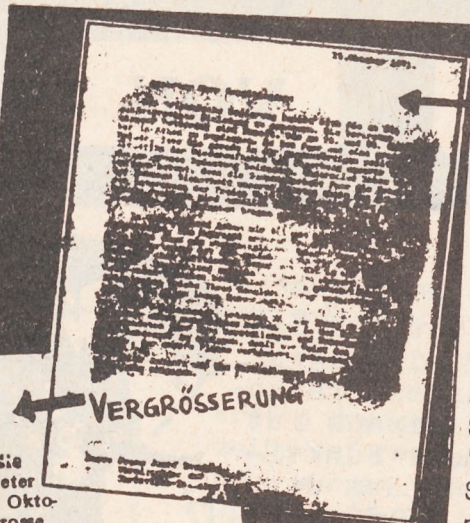
Apropos "blaue Augen": In diesen Kreisen üblich - Winifred Wagner noch 1975 über ihren seligen Adolf Hitler:

"Das Auge vor allen Dingen war ungeheuer anziehend, ganz blau, ein großes und ausdrucksvolles Auge."



Gleich und gleich gesellt sich gern!

"Standpunkt, Ausführungen und Persönlichkeit des CSU-Vorsitzenden F. J. Strauß sind eine Hoffnung für die deutschen Unternehmer." (Otto. A. Friedrich, Oktober 1972)



Dieser Brief des Panzer-
generals Pattakos, stell-
vertretender Minister-
präsident der faschisti-
schen Athener Militärjun-
ta, wurde 1971 auf dem
Höhepunkt des griechi-
schen Terrorregimes ver-
öffentlicht.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Die Griechische Regierung beehrt sich die an Sie
ausgesprochene Einladung zu erneuern. Die Vertreter
unserer Regierung sind bereit, Sie am 29. und 30. Okto-
ber in Athen zu empfangen. Es ist fuer uns eine grosse
Freude, dass Sie gerade in der gegenwaertigen politischen
Situation der Wiederaufnahme und Staerkung unserer Verbin-
dungen grosse Bedeutung beimessen. Unsererseits haben wir
oefters betont, dass die Zusammenarbeit fuer die Erhaltung
der inneren Sicherheit unserer Staaten sowie des Schutzes
der Interessen der Freien Welt sehr dienlich sein wuerde.
Unsere Probleme sind sehnlich gelagert, die Feinde sind
dieselben, die Aufgaben tragen gemeinsame Zuege.

In Griechenland haben wir mit dem politischen Chaos
aufgeräumt. Die Mehrzahl unserer Freunde sehen heute
ein, dass dies ein unumgaenglicher Schritt war.
Unsere Regierung ist der Ansicht, dass die sich entwickelnden
gefaehrlichen politischen Tendenzen auch in der Bundes-
republik Deutschland aufgehalten werden muessen. Mit immer
wachsenden Bedenken beobachten wir die gefaehrlichen
politischen Tricks Ihres Kanzlers. Daher unterstuetzen
wir Sie in allen ihren Bemuehungen.

Herr Vorsitzender, erlauben Sie mir Ihnen zu versichern,
dass wir alles unternehmen werden, um in den Reihen unserer
Verbundenen fuer Ihre Vorstellungen und Bemuehungen immer
mehr Anhaenger zu gewinnen, damit der Geist des Unverstaend-
nisses, der unsere Plaene verhindert, gebrochen wird.

Ihrer Ankunft und den Verhandlungen gehen wir mit
Interesse entgegen.

Ihr
STYLIANOS PATTAKOS

STELLVERTRETENDER
MINISTERPRAESIDENT

Herrn Franz Josef Strauß
Vorsitzender der
Christlich-Sozialen Union

Am 4.11.71 meldete die
Süddeutsche Zeitung:
"Der CSU-Vorsitzende
Strauß ist am vergange-
nen Freitag in Athen mit
dem griechischen Mini-
sterpräsidenten Papado-
poulos und dessen Stell-
vertretern Pattakos und
Makaresos und Wirtschafts-
minister Pesopoulos zu
Gesprächen zusamme-
getroffen ... Strauß war
mit dem Privatflugzeug
eines bayerischen Unter-
nehmers nach Athen ge-
flogen. Aus Kreisen baye-
rischer Politiker und
Unternehmer war in der
Vergangenheit mehrfach
Kritik an der distan-
zierten Haltung der Bun-
desregierung gegenüber
der griechischen Junta
geübt worden, da dadurch
die Wirtschaft in Mit-
leidenschaft gezogen
werde."

Pattakos über Leute, die nicht seiner
Meinung sind, wörtlich: "Wir machen kei-
nen Unterschied zwischen Menschen und
Menschen, nur zwischen Menschen und Be-
stien."

Strauß über Andersdenkende wörtlich:
"... Tiere, auf die die Anwendung der für
Menschen gemachten Gesetze nicht möglich
ist."